

Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker u. Konditoren, Konditoren, Arbeitnehmer u. Arbeitnehmerinnen in den Zwiebacken-, Schokoladen- u. Keksfabriken

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt zu
entgeltlich. Abonnement pro Quartal Mf. 2.

Exx: Erhältlich jeden Donnerstag, 50 Pf.
Redaktionsschluß Montag morgen 10 Uhr.

Abonnementspreis pro dreieinhalb Monate
Zeitschrift 50 Pf., für die Zeitschriften 30 Pf.

Das Fest des Erwachens.

Des Erwachens? Schlämmerst du denn? Schläfen und ruhmen wir? Geht es uns wie jenen Tieren, die sich zu Winterbeginn in der Erde oder irgendwoem Schlafplatz verstecken, die Augen schließen und die alte Zeit vergessen?

Unsere Altvorderen in den germanischen Wäldern zeigen noch ein gutes Zeil der Winterzeit im Schlummer und Halbschlummer auf ihren Totenbahnen verbreitet haben, der diese harmlos-glückliche Zeit liegt nur ein erstaunliches Jahr hinter uns, und wenn man überhaupt noch einen gewissen Neberruhen jener düsterehaften Ruhe finden will, um man aufs Land gehen, wo die Tätigkeit großenteils an die kurzen Stunden winterscher Tage schläft gefunden ist.

Für alle, die in Industrie und Handel wirken — und das ist der überwiegende Teil des Volkes —, gibt es keinen Winterjäger! Und wenn Arbeitnehmer und andere Berufe, die mehr oder weniger von Wetter und Tagessicht abhängig sind, ihre Tätigkeit im Winter einschränken oder ganz aufzugeben anstreben, dann beweist diese Veränderung nicht anders als einen Übergang zu bedauerlicher Ruhe; es bedeutet lediglich nur dass Gegenheit: der Beginn einer anstrechenden, nebligen Seele, die Jagd nach Brod, Unterkunft, Kleidung und Wärme.

Wer will die Tragödien zählen, die diese Jagd in jedem Winter und ganz besonders im letzten Winter der Arme gezeigt hat? Ich, man brauchte nur in die Tageszeitungen zu gucken und fand darin oft eine kleine, unheimliche Notiz im lokalen Teile von drei, vier, fünf Zeilen, bei der sich der Durchschnittsleiter nicht lange aufhielt, unter der der Aufschreihaut aber oft und oft ein Name von erschütterndem Leid aufsteigen sah.

Und so genügt uns immer wieder die blöde Erbarmtheit einer Gesellschaftsorganisation an, die Leben und Kraft in Hunger, Frost und Verzweiflung zerrüttende gehen lässt, obgleich alle Speicher gefüllt und Tausende von Säcken mit warmen Kleidungsstücken vollgekippt sind. Und wenn sie es nicht wüssten — da sind unzählige Hände, die schwächen wollen, gern arbeiten möchten, wenn man ihnen nur Gelegenheit gäbe; aber unsere sogenannte zivilisierte Gesellschaft, die besitzt die zu vernünftige Seele, drückt ihnen lieber ein Rücksommer zum Leffnen der Pulsadern, einen Nervus oder den Strick in die Hand.

Warum kann es kein Erfolg sein?

Warum können sie, die Käle, Wärmedämmen, Lammzehen und nachlässigerweise alle möglichen Schlafmittel tragen, warum dürfen sie nicht schlafen und bereut, sich zu unterziehen, sich zu wärmen und in einer angenehmen Ruhe zu schlafen?

Seit die Organisation der kapitalistischen Gesellschaften zu dünn und zweckwidrig ist, als dass sie die kleinen Fäden richtig einzustecken könnte.

Sie ist dünn und zweckwidrig vornehmlich aus dem organisatorisch-spezialisierten Standpunkte aus wie im Lichte einer summen Weltanschauung und einer vernünftigen Sozialpolitik.

Was heißt denn Organisation?

Die zweckmäßige Zusammenfassung gewisser Kräfte nicht wahr? Was für einen Zweck eine Organisation auch habe, möge sie auf politische, wirtschaftliche, gesellschaftliche oder andere Ziele hinstreben: sie ist dünn und zweckwidrig, wenn sie die in ihr gebundenen Kräfte dem Zweck nicht hinzuholen zu wachsen weiß. Staat und Gesellschaft aber sind die Organisation mit den höchsten und allgemeinsten Zielen: denn sie umfassen die Gesamtheit, und sie können vernünftigerweise keinen anderen Zweck haben, als das Volk dieser Gesamtheit zu fördern. Sie überlassen nun

aber einen großen Teil ihrer Angehörigen nicht nur sich selber, sondern sie treiben eine ganze Anzahl von Schäften zur Selbstvernichtung.

Ist das dünn oder nicht?

Ganz gewiß: ja. Nur eben nicht darum eingen Kapitalistischen Standpunkt aus. Denn das Kapital, das unsere Gesellschaft beherrscht, hat ein Interesse an der industriellen Revolution, hat sogar ein besonderes Interesse an unerhört gebrochenen Straßen, die, niedergebrannt und brennendem Staubstaub des Schens entzündet, von ihren übeln Grippeverhältnissen, um jeden Preis unter-

lassen, die Jungen töpfen und bis zum Gruseln des Schülers fröhlich lächelnd lachen. Weniger erwartet als heute würden sie wohl den Kampf ums Leben aufnehmen.

Aber diese jährende und hässliche Unterdrückung ist dem Menschen veragt gefüllt; seine Gedanken sind im Winter eher noch sterker als in der warmen Jahreszeit — und so geht es mir ihn mit einem Mittel, dem niederschmettend und bestimmtendem Staubstaub des Schens entzündet Bildern entgegengebracht: ganz nach geist. Was zu sein mit offenem Sinnen und Schäften!

Das aber schenkt: Menschen, Dinge, Dasein und Gedächtnisse in Süße unserer Zeit zu leben und damit zu handeln.

Wir tragen oft mehr oder weniger an dem Sehnen von Heberleidungen, die noch aus dem Blute vergangener Generationen kommen. Erinnerungen, die einmal richtig gewesen sein mögen, bereiten sich in Seiten hinzu, die anderen Denken erlauben. Und noch nie hat ein Gedanke die Menschen so zum Untergang genötigt, als gerade das Kapitalistische. Es bricht tief in das Familiären Flein und bringt ein zügiges, verzweigtes, unzähliges Tempo in den Ablauf des Daseins. Mensche prantet es alle Städte bis zum Zerfallen an, morgen entlädt es sie ganz, völlig unfehlbar wie die heutiges Schädel.

Das Kapital erfüllt keine Mission der menschlichkeit Unterdrückung; aber es macht sich bei seinem Weltunterlauf mit großer Lustliebe die Eigenschaften und Empfindungen Menschen, die noch aus einer andern Zeit kommen. Es will es sich doch immer wieder, die alten Friedhofsfriede der Demut und Güte, die ganze Unselbst und Friedliche Gebundenheit des Arbeiters vom Menschen auf in unserer modernen Zeit zu konzentrieren. Und wenn es den Verdacht des geringen Gemüths auf, nicht kommt darum — weil es eine notwendige Folge der ökonomischen Verhältnisse ist —, ja auch es ihm doch mit allen Mitteln zu verhindern; es versucht die Jugendlichen wieder einzufangen, stellt den Stammparadeionen schimmernde Gegenvereine gegenüber und ruht in demütiger Weise mit Geschäftsbürographen zurück und aufzugehen zu erzeigen. Das Kapital hilft den geringen Winterjäger des Arbeiters, aber dieser Schäfer soll zwölft Menschen im Jahre dasein! Und — leider, leider! — hat es noch immer Erfolg bei einem Teile der Schaffenden.

Diese Nicht-Geschäfts müssen mit einer Zukunft, die den Ausgetrockneten zur Vergewaltigung bringen kann. Sie leben mittler im Leben und Todestrieb wie wir, aber der Etat unserer Zeit reicht an ihnen vorbei. Sie führen die Signale eines nie endenden Kampfes, aber ihre Seelen schmerzt noch zu sehr. Sie vegetieren in Kneipen und geistigen Winterduell dahin und erkennen doch nicht, dass eine neue Menschenrechtsfrage in kommender Seele ins Land kommt. Und sie bemerken nicht, dass man ihnen von obenher das Licht verbaut, weil mehr gefügte Werkzeuge braucht, Werkzeuge, um den nächsten Strang der zu Licht Leben und Kampf zu machen Arbeit niedergeschlagen.

Aber wieder die bemerkten noch die unbemerkten Werkzeuge der Reaktion führen den Krieg und die Ausbreitung unserer Bewegung behindern. Und wenn es einem so gewaltigen Kampf, wie es der andere ist, gelungen ist, keine Niederlagen unvermeidlich sind — wir haben immer wieder das Über der Auferstehung gefeiert!

Unsere Bewegung ist unbesiegbar, weil in ihr dieser Übergeist einer eignen Verjüngung tätig ist und weil sie den besten, wahrnehmendsten Leichten ausdrückt in das mehr und mehr entzährende Leben aller, die im Friedenkreis des Kapitals leben und unter der blöden Dörheit der Gesellschaftsorganisation leiden.

Und wo sie noch im geistigen Winterblase liegen, da soll zweiter Bedarf erkennen; da soll unsere mahnende und

Auferstehen!

Es spricht das Licht: Nun steige empor,
Was tief geschlummert im Schosse der Erden!
Nun soll um die kalten Arzte ein Flor
Von jungem Blattgrün gebreitet werden!
Die Knospen sollen sich öffnen, ja,
Dass schimmernd Blüte an Blüte lebt.
Bis bunt sich der Teppich der Erde fliegt
Im neuen Frühling! — So spricht das Licht!

Es spricht der Mensch: Wie sag' ich es mir,
Was in mir quillt an Sehnsucht und Hoffen?
In Eisesbunden hielt Wald und Fluß
Der Winter, — nun liegt die Welt wieder offen!
Die Wolken jagen! Langsame wehn
Und alles Leben will auferstehen!
Die letzte Zwingburg des Frohes zerbrach:
Es junzelt im Kied und es rauscht im Sang!

Es spricht die Zeit: Nun rüstet End' gut,
Die End' der Alltag gedämmt in Bande!
Denn Sklaven selbst wächst im Leib der Mist.
Und von sich wirkt er die Kette der Schande!
Wo alles aus Nacht aus Licht will gehn,
Wo selbst das Tote will auferstehen.
Da muss auch der, den die Arbeit geweilt.
Der Zukunft vertrauen! — So spricht die Zeit!

E.C.

freien — auch du und er recht da, wo die jetzt gehauenen Kameraden und Kollegen im Kampfe mit jenem Kapital stehen.

Es sind nicht die schrecklichsten unserer Freunde, die zu Schämen müssen. Strick oder Strickleiter greifen. Man darf sie gar nicht in einem Stein neuem mit jenem gelben Streitdreieck herumhauen, dem jedes Gefühl für Arbeiterschaft abhanden gekommen ist und das eben deshalb neuerdings plausibel versteigert wird, um den aufstrebenden Freiheit der ethischen und moralisch ungebrochenen Volkslemente Strüppen zwischen die Beine zu werfen.

Undere auch so moralische Gesellschaft hat nicht so sehr als das Streben der Arbeiter nach einer vernünftigen, menschenwürdigen Existenz, und jeder Strichmäuer ist ihr als Hindergewiss willkommen, wenn es gilt, die freien Männer ausgeklärter Arbeiter in der Stadt zu deinden. Die Freiheitsarts für die solide Seele der Schaffenden ist genau so groß wie die Seele für eine nach vernünftigen Grundlagen geregelte Produktion und Konsumation. Und wenn der Winter noch gebraucht viele Opfer verübt, es kommt sie nicht; denn sie ist gefühl- und gedankensam.

Da ist man doch verblüfft, die Dinge aufzumachen, ob es nicht für viele bedeutend besser wäre, wenn sie sich zu Winterbeginn in angenehmem Winkel wie Zige zusammen-

Gerichtsdirektor Dr. Steiner: Würft hier die Frage ein: Herr Schäfer, Sie haben mir gegenüber erläutert, daß Sie durch sieben Jahre mit dem Tarifvertrag sehr zufrieden gewesen, daß aber darin Verhältnisse eingetreten seien, die Ihrer Tarifzurücklichkeit nicht förderlich waren.

G. B. Schäfer: Ich war Anhänger des Tarifvertrages und bestätige, daß durch den Tarifvertrag bei den Meistern und bei den Gehilfen Ordnung geschaffen wurde. Aber die Art und Weise, wie die Gehilfen innerhalb der letzten Jahre den Tarif handhabten und befreit waren, daraus für sich aus Rechte herauszuschälen, mußte eine Einigung gegen den Tarifvertrag zur Folge haben.

Kollege Gähnert: Führte aus, daß früher der Tarifvertrag bedeutete nicht so streng beachtet und gehandhabt wurde; Wir hätten nur dort eingegriffen, wo der Tarifvertrag verletzt wurde.

Gerichtsdirektor Dr. Premer: Aber die Vorberechnungen während der Geltung des Tarifvertrages, insbesondere der Fall bei der Firma Seidl, hätten nicht vorkommen und außerdem hätten die Gehilfengesellschaften nicht den Schiedspruch ablehnen sollen. Dies führte bei den Meistern zu der Ausschaffung, daß bei den Gehilfen eine Überspannung des Machtgefühls sich gefindet habe.

Gewerkschaftssekretär Limus: Fünf vom christlichen Gehilfenvorstand: Wir haben sofort nach dem Streit erklärt, daß sich weder unsere Organisation noch unsere Mitglieder an einem Anstoß beteiligen werden.

Oberinnungsmeister G. W. Egger: Wir machen hier keinen Unterschied zwischen dem freigewerkschaftlichen und dem christlichen Verband.

Gähnert: Die Bädermeister werden nur die Konsequenzen für ihr ablaufendes Verhalten tragen müssen.

Gerichtsdirektor Dr. Premer: Ich bedauere, daß meine Bemühungen, wieder zu einer Einigung zu kommen, erfolglos geblieben sind, um so mehr, als gerade im Bädergewerbe in lange Jahre beständigende tarifliche Verhältnisse herstellt. Da ein weiteres Verhandeln unter dieser Umstände zwecklos erscheint, erkläre ich die Erbung für ge-
schlossen.

Damit ist der erste Alt der diesjährigen Münchner Bewegung geschlossen. Die Münchner Kollegen haben den Arbeitnehmern aufgeboten und werden nicht eher richten, als bis der sechsunddreißigjährige Kuriertag auch in München durchgeführt ist. Welcher Partei ein solcher Krieg am ersten Urlaubstag wird, muß abgewertet werden. Einsicht jedoch sicher sein, nämlich: mancher lebige Gaulus unter den Bädermeistern dürfte zum Paulus werden! Wenn leicht kann die Sache anders kommen als im vorigen Jahr, und vielleicht wird das Prokletat der Bäder- und Thermalbäder zum Jammer, wie das bereits beim Einzel-wohl im Herbst und Winter zu beobachten war.

Sie gegenwärtige Situation in Mainz.

Die Verdunstungspolitik der Gehilfen hat hier leider unter den Gehilfen Jahr lang geprägt. Dadurch wurde aber erreicht, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse heute schlechter sind als nach dem zwischen unserer Organisation und der Bäderbewegung im Jahre 1906 vereinbarten Tarifvertrag. Damals wurde die Naturalversorgung im Hause des Arbeitgebers grundsätzlich abgeschafft und die Bargeldentlohnung eingeführt, heute können wir aber eine ganze Reihe von Betrieben aufzählen, wo die Gehilfen wieder mit den leeren Fleischköpfen der Meisterin vorliebnehmen müssen. Solche Betriebsverhältnisse haben mehr, als vor dem gelben Führer über die einzige wahre Interessenvertretung in die Tiefenlichkeit hinausgeschwindet sind.

Jahre 1901 wurde bekanntlich hier der erste Tarifvertrag in Deutschland für unsern Beruf geschlossen, und zwar deshalb, weil kurz vorher die Kollegen in Darmstadt einmütig die Arbeit niedergelassen hatten und auch die Mainzer Firma einen Streik durchführte. Nach Verhandlungen kam dann dieser erste Tarifvertrag zustande. Allerdings konnte schon im Oktober die Firma triumphierend verkünden, daß sie sich nicht mehr an den Vertrag gehalten fühle. Sie konnte das wagen, weil sie wußte, daß die Gehilfen wieder in den Winterschlaf zurückgefallen waren. Erst im Jahre 1906 erwachten die Kollegen wieder, so daß es möglich war, erneut mit Forderungen an die Firma herangetreten zu können. Auch diesmal gelang es, ohne Streik einen Tarifabkommen zu schließen, wobei wohl bei der Firma der Gedanke vorherrschend gewesen sein mag, daß es genau so ginge wie im Jahre 1901. Jedoch diesmal hatte die Rechnung ein Loch. Unsere Kollegen haben es verstanden, die Bestimmungen allgemein abzugeben von einigen Ausnahmen, die es leider immer noch gibt, zur Durchführung zu bringen.

Die Firma kann auf Rache. Die gelbe Seuche, die damals wütete, wurde auch nach Mainz verschleppt, und mit dieser Sammelfunktion war es leider dann möglich geworden, die Verhältnisse in Mainz einige Jahre zurückzudrängen. Aber auch hier zeigte sich, daß dies eine vorübergehende Erscheinung ist, denn es ist nur einmal nicht möglich, die längere Zeit die Kollegen auf den abschüssigen Bogen zu halten, weil ja doch immer wieder die Firma in die Bernunft schießt, wie es. Auch jetzt scheint hier wieder auf der ganzen Linie mit einer Meinung zu herrschen, nämlich, daß die Firma zurücktreten will.

Der sogenannte Arbeitsvertrag, der zwischen der Firma und dem Gesellenausschuß 1912 vereinbart wurde bis zum 1. Juni dieses Jahres, muß zwei Monate vorher gekündigt werden, wenn es nicht ein Jahr weiter bestehen soll. Der Gesellenausschuß hat erst in letzter Stunde zum 31. März eine Bekanntmachung einberufen. Sofort veranlaßten wir alle Kollegen, die Bekanntmachung zu besuchen. Unsere Hoffnung ist voll in Erfüllung gegangen. Mindestens 160 Kollegen hatten sich eingefunden.

Einstimmig wurde beschlossen, den Tarif zu kündigen, und ebenso einstimmig wurde beschlossen, diesen Bechluss sofort der Firma zu überbringen. Die Bekanntmachung war von einer Begeisterung bereitet, wie wir sie seit 1906 in Mainz nicht wieder zu verzeichnen hatten. Möge dieser Geist anhalten!

Wie schön war doch alles schon von der Firma eingeleitet worden. Bei der Gesellenausschusssitzung im Dezember des Vorjahrs wurden unsere Kollegen gewählt. Die Firma war darüber empört und erklärte ohne Angabe von Gründen die Wahl für ungültig. Bei der am 15. Januar stattgefundenen Neuwahl sind wir durch die struppelige Agitation der

Kampfgenossenschaftsfrage.

Wie die ganze Natur, so erhält auch unser Menschenleben ein ewiger Kampf, ein Kampf um unsere Existenz, um unsere körperliche, geistige und seelische Entwicklung. Dieser Kampf zeigt sich vor allem auf wirtschaftlichem Gebiete, die hierin unser ganzes Dasein wurzelt. Nur der wirtschaftliche Kampf bringt uns eine Besserung unserer Lebenslage, nicht das träge Dasein leben. Jedoch genügt der Kampf allein nicht. Wie in der übrigen Natur, so muß auch bei den Menschen neben dem Kampf die gegenseitige Hilfe treten, der Zusammenschluß. Der einzelne erreicht mit seinem Kampfe nicht viel, erst die zielbewußte Solidarität, die Kampfgemeinschaft, ist es, die uns den Sieg bringt. Über das Wünschen und Wollen des einzelnen geht das wirtschaftliche Leben leicht hinweg; es kann aber nicht so leicht über den einzelnen hinweggehen, wenn hinter ihm eine Schar steht, die entschlossen zu ihm hält.

Doch dieser materielle Nutzen ist es nicht allein, der die Solidarität so wertvoll macht. Ist unserer Kampfbereitschaft steht zugleich ein reicher sittlicher Gehalt. Ein inneres Glück ist es uns, zu wissen, daß wir in unserem Hoffen und Sehnen nicht allein stehen, daß es weite Sphären gibt von Mitmenschen, die fühlen und denken wie wir, und wenn es not tut, auch gleich handeln. Solch ein Gefühl gibt uns in unserem Lebenskampf innere Kraft. Stolz gegenüber dem wirtschaftlichen Stärkeren und Selbstbewußtsein im Fordern unserer Rechte. Und in wie reichem Maße wird nicht durch diese Kampfgemeinschaft das lebendige Gefühl der Einheit mit dem Ganzen in uns erzeugt und wahrgenommen. Wir kennen nicht nur uns selbst, sondern denken auch an unsere Mitmenschen, die sich in sozialer Not befinden. Liebe empfinden wir zugleich, wenn wir uns solidarisch betätigen, das tiefste und erhabendste, das es in Menschenseele gibt.

Dieser edle Gehalt der Kampfgemeinschaft verleiht wiederum unserer wirtschaftlichen Kampf einen hohen sittlichen Wert. Wir kämpfen nicht aus Selbstsucht, sondern um des Ganzen willen. Das Wohl der Allgemeinheit ist unser letztes Ziel. Kann es wohl ein edleres Ziel geben, als es diese unsere treue Solidarität im wirtschaftlichen Kampf erstrebt?

Gegner unterlegen: Die Firma triumphierte, da nur wieder die ihr genehmen Leute die Vertretung für die Gehilfengesellschaft in die Hände bekamen. Von uns wurde Protest an das Kreisamt als Aufsichtsbehörde eingelegt. Erstens deshalb, weil die Firma vorherhand die Wahl ohne Angabe von Gründen für ungültig erklärte, zweitens gegen die Wahl am 15. Januar und drittens gegen die Bestimmung im § 43 des Firma-Klausuren, wonach nur solche Gehilfen in der Gesellenausschusssitzung gewählt werden konnten, die bei einem Klausurenmeister mindestens drei Monate in Arbeit stehen. Eine derartige gegen die Gewerbeordnung verstörende Bestimmung ist das Staun aufzuziehen, da zu hat keine Firma ein Recht. Das Kreisamt mußte daher auf unserm Protest nichtttgeben. Es erklärte die Wahl am 15. Januar für ungültig und wies die Firma an, baldigst eine Neuwahl vornehmen zu lassen sowie die ungesetzlichen Bestimmungen im Klausuren-Klausat zu streichen.

Hinzu kommt nunmehr der Ausgang der Wahlen zum Ausschuß und Verstand für die Firma-Klausuren, die fürlich stattgefunden haben.

Die Firma und der Gehilfenvorstand haben dabei wieder einmal ihre ganze Schläue offenbart. Der jetzige alte Vorstand ist bestrebt, eine Liste zu den Auschusswählern aufzustellen. Von der Berechtigung hat er auch Gebrauch gemacht. Die Wahl fiel nur so aus, daß von dieser Liste drei Kandidaten gewählt wurden; von unserer Seite vier. Unter den drei Gewählten der gegnerischen Seite sind zwei, die bei uns auf der Liste standen, so daß also von unseren Kandidaten sechs als gewählt aus der Linie hervorgegangen. Dazu kamen noch zwölf Stellvertreter. Die Gegner müssen sich mit einem Auschusshaupt und zwei Stellvertretern begnügen. Der Ausgang der Klausurenwahl hatte weiter zur Folge, daß wir jetzt bei der Vorstandswahl sämtliche Arbeitnehmerstimme bekamen, weil wir sechs Stimmen und die Gegner nur eine Stimme aufbrachten. Zu wählen waren drei Vorstandsmitglieder und sechs Stellvertreter; auch die letzteren beiden sind demgemäß vor uns alle bestellt. Wir sind natürlich mit dem Ausgang der Wahl herzlich zufrieden, geben aber gleichzeitig die Fassung ab, daß wir selbstredend die Interessen aller Mitglieder vertreten, auch derer die uns diesmal noch nicht gewählt haben.

Nunmehr gilt es, für die Gehilfengesellschaft zu handeln. Wenn ein neuer verbesselter Vertrag mit der Firma abgeschlossen werden soll, dann dürfen unter keinen Umständen die einzigen Gehilfen in den Gesellenausschuss kommen, die weit davon entfernt sind, die Interessen der Kollegen zu vertreten. Die besten unserer Kameraden müssen gewählt werden; solche, die es auch ehrlich mit der Allgemeinheit meinen und auch verschieden, für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse einzutreten.

Die beste Garantie für die Durchführung unserer Wünsche gibt uns aber eine starke Organisation.

Wir soll kein einziger, vor alle die Stärkung des Tarifes eingetreten, ist noch länger möglic, sondern:

„Sollte unser Verband betreten.“

Das ist jetzt natürlicher als alles andere! Ein Zurück darf es nicht geben, wenn wir wirklich vorwärts wollen. Nachstehendes kommt in unsere Weihen! Einmal in unsern Verband! Dann unter der roten Sieg!

Der neue Sarotti-Akkord.

Statt Einigung erfährt die Aufforderung bei der Firma Sarotti, A. G., Berlin-Tempelhof, jetzt eine immer größere Ausdehnung. Der eine Director des Betriebes hat sich dahin geäußert, daß er möglichst keinen Lohnarbeiter mehr haben will. Um das zu erreichen, hat die Firma schon seit längerer Zeit auszulösen lassen, was diese einzeln im Betrieb leisten kann. Die ungeheuren Stellvertreter und die großen Betriebsstellen des prunkvollen Ladens an der Stralauerstraße in Berlin, die schon in den Generalversammlungen der Arbeitergesellschaft das Misfallen der Herren Ultimare erregt haben, müssen doch aufzugehende Weise wieder hereingebraucht werden, und das bietet die Arbeiterschaft gerade das geeignete Verbindungsobjekt. Man hat, um deren Leistungsfähigkeit auf das höchste anzuspielen, die einzelnen Arbeiter dem einen Vorarbeiter genommen und einem andern gegeben, um zu sehen, ob nicht noch etwas mehr aus ihm herauszupressen ist. So sind dann die Aufforderungen in einer Art festgesetzt worden, daß dem Arbeiter es mit Ausübung aller Kräfte eben noch möglich ist, annähernd den Wochenlohn herauszuholen — vorausgesetzt, daß dieser sich noch in bescheidenen Grenzen hält. Einige Arbeiter allerdings verdienen immer noch sehr gut. Aber an dieser Bescheidenheit gerade kann man erkennen, worauf alles hinzurollen soll. Mit eisigen Fausnahmen soll die große Masse auf ein bedeutend niederes Niveau herabgedrückt werden. Man stellt ganz einfach immer mehr jugendliche Arbeiterinnen mit A. 6 und A. 7 Wochenlohn ein, um sie nach einiger Zeit die vor andern Arbeitern ausprobirten Aufforderungen vertragen zu lassen und bringt damit natürlich die Aufforderung mit der festen Wochenlöhnen der jungen Arbeitsträger wieder in „Einsatz“.

Bei einem solchen Beginnen sollten für die älteren Arbeiter und Arbeitertinnen endlich mehr an ihre Pflicht zur Solidarität herantreten! Durch eine solche unfruchtbare Arbeitsetze schaden sie sich selbst und auch der Gemeinschaft. Sie könnten wissen, daß, wenn sie alle einer starken Organisation mit guter Kasse angehören, wie es der Zentralverband der Bäder und Spülträger ist, dem sich ja auch dann ein Teil der bei Sarotti Beschäftigten anschließ, der artige Zustände gar nicht erträglich wären, und daß jetzt nur noch jede Organisation den Arbeiterverschlechterungen halt gebieten kann. Daß die Qualitäten der Bäder durch eine solche Trierer auf die Mitteilenschaft gezogen werden, ist ja selbstverständlich — es ist aber nur nebenbei erwähnlich, damit dies ist schließlich zunächst die eigene Angelegenheit der Firma.

Wir suchten also unter der Hand in den großkapitalistischen Schönoladebetrieben, das berühmte amerikanische Kartensystem einzuführen, und es wird gelingen, die menschliche Arbeitsträger immer mehr zur willkürigen Raubzins herabzuschricken, wenn die Kollegengesellschaft sich nicht aufsetzt und einem solchen Beginnen organisierte Widerstand entgegenstellt! Rogen für die Arbeit und Arbeitertinnen bei Sarotti endlich auf ihre Menschenrechte hinzu. Einem solchen Treiben, wie es jetzt dort herrscht, kann ein Sarotti ebenso geboten werden, wie dies schon in andern Großbetrieben vielfach geschehen ist. Wenn schon die menschliche Arbeitsträger auf so hohe angestaut werden soll, möge man sie wenigstens auf entehrliche Weise entlohen und behandeln.

Kollegen und Kolleginnen! Erinnert Euch der Worte Joh. Gottlieb Fichte: „Arbeiter soll der Mensch oder nicht, nicht wie ein Lastkoffer!“ Deshalb, wenn es Euch darum zu tun ist, Eure Lage zu verbessern, so müßt Ihr zur gemeinsamen Selbsthilfe greifen. Ihr müßt dem Beispiel der Millionen folgen, die in den Arbeitersorganisationen sich zusammengefunden und dort solidarisch miteinander ihre Kräfte erlämpft! Deshalb, hinein in den Zentralverband der Bäder und Spülträger, der endlich einig und allein das Interesse der gesamten Kollegenschaft der braunen Industrie wahrnimmt und beweisen hat, daß nur er in der Lage ist, besseres auf die Arbeitsverhältnisse einzuführen. Ihr seid es Euch selbst und der Gesamtkollegenschaft jährlig.

Die Arbeitslage.

In unserm Bericht über die Arbeitslage im Monat Januar haben wir mitgeteilt, daß die Stoßzeit und Abschaltung des gewördlichen Arbeitsmarktes auf dem Höhepunkt des tieffesten Standes der Krise vom Jahre 1908 angekommen ist. Daselbe gilt für den Monat Februar, für den jetzt zahlreiche Ergebnisse vorliegen, die eine außerordentliche Beurteilung der Arbeitslage gestatten. Zur Februar pflegt bei normalen Zeiten ein lebhafter Stoßzeit des Wirtschaftslebens einzutreten, der sich in einem starken Ansteigen der Beschäftigungsgeziffer bemerkbar macht. Diesmal war jedoch keine wesentliche Veränderung in der Mehrzahl der großen Industriegewerbe zu bemerken; von einigen kleinen Gewerbebetrieben abgesehen, blieb die Lage dieselbe wie im Februar.

Nach dem „Reichsarbeitsblatt“ heißt die wenig günstige Lage auf dem Arbeitsmarkt an: die Zahl der Feiertäglichkeiten nahm zu. Auch in Oberösterreich trat eine Abschaltung ein, so daß Feiertäglichkeiten eingelegt werden mussten. Ein Nachlassen der Beschäftigung wird auch aus der Schwerindustrie gemeldet; die Stahl- und Walzwerke melden viele Feiertäglichkeiten einzulegen. Eine unbefriedigende Beschäftigung hatte auch die Maschinenindustrie. Gut zu tun hatte die chemische Industrie. Ungünstig war die Lage in den Baumwollspinnereien und Baumwollwebereien. Auf einige Industrien — Schifffahrt, Brauereigewerbe und Baumwolle — war das milde Wetter dort günstiges Einfluss.

Bei den an das „Reichsarbeitsblatt“ berichtenden Krankenkassen ergab sich vom 1. Februar zum 1. März eine Zunahme der Belegschaftsziffer um 281 875 Mitglieder oder um 3,13 p.ßt. Bei den männlichen Mitgliedern betrug die Zunahme 3,30 p.ßt., bei den weiblichen 3,69 p.ßt. Von 1 977 713 Mitgliedern von 45 Fachverbänden, waren im Februar arbeitslos 3,7 p.ßt. gegen 2,9 p.ßt. im Parallelmonat des Vorjahres. Bei der Gesamtkanz der berichtenden Arbeitsnachrichten entfielen im Februar auf je 100 offene Stellen bei den männlichen Personen 218 Arbeitssuchende gegen 234 im Vorjahr und 190 im Februar 1913. Bei den weiblichen Personen waren auf je 100 offene Stellen 97 Arbeitssuchende gegen 105 im Vorjahr und 91 im Februar 1913. Danach hat sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt wie alljährlich gegen den Januar gebessert, ist aber weit ungünstiger als im Februar 1913.

Der ungünstige Geschäftsgang kommt auch in den Ziffern über den Güterverkehr und über den Außenhandel zum Ausdruck. Auf 1 km Fahrstrecke berechnet ergab sich im Güterverkehr gegenüber dem Februar 1913 eine Mindereinnahme von 1,22 oder 0,76 p.ßt. Die Einfahrt hatte nach den vorläufigen Feststellungen im Februar einen Wert von 903,70 Millionen Mark gegen 925,59 Millionen Mark im Vorjahr; die Ausfahrt hatte einen Wert von 815,47 Millionen Mark gegen 837,16 Millionen Mark im Vorjahr.

Die Arbeitslage im Bäcker- und Konditorenhandwerk wird durch folgende Zahlen gezeigt: Es entfielen im Monat Februar auf alle Kaufleute, die sich mit der Herstellung der beiden Berufe beschäftigen, 9783 arbeitssuchende Bäcker und Konditoren. Diese standen 3905 offene Stellen gegenüber. Belegt wurden 3590 Stellen. Auf je 100 offene Stellen entfielen 165 Arbeitssuchende gegen 158 im Januar dieses Jahres und 153 im Februar 1913. Im Februar 1913 hatte die Verhältnisziffer 159 betragen, im Januar 1913 177. Die Steigerung der Zahl der Arbeitssuchenden war dieses Jahr erheblich größer als im Vorjahr. Zu beachten ist allerdings, daß im Vorjahr das Unternehmen viel früher war als dieses Jahr; der vor Jahren einsetzende bessere Geschäftsgang alle Faktor in Erücksicht nimmt. In der Zunderwaren- und Schokoladenindustrie hat zwar auch dieses Jahr schon vor einiger Zeit ein besserer Geschäftsgang eingesetzt; auch die Auto-, Bierbrau- und Wollindustrie berichtet über guten Geschäftsgang.

Wie ist die Arbeitslage für die Männer und Frauen in den einzelnen Handelsgebieten gefahren, geht aus folgender Übersicht hervor:

Handelsgebiete	Soll der					Soll jetzt p.ßt. Stelle verdeckt oder verdeckt
	Jan.	Febr.	Mär.	April	Mai	
Bremen, Old- und Westfalen	25	21	16	1,20	1,57	—
Berlin und Provinz	222	227,5	224,5	1,24	1,15	1,35
Brandenburg	163	89	87	1,52	1,52	1,66
Provinz Sachsen	51	55	50	1,21	1,26	1,51
- - - - - Bremen	111	47	34	2,36	1,80	2,28
- - - - - Berlin	261	113	160	1,77	1,51	2,07
- - - - - Sachsen	62	26	26	2,39	2,50	2,53
- - - - - Hannover	178	117	106	1,52	1,73	1,64
- - - - - Westfalen	532	194	138	2,77	2,82	3,57
- - - - - Schlesien	359	134	131	2,97	2,84	3,77
- - - - - Hessen	272	111	72	2,51	3,46	3,22
- - - - - Württemberg	769	498	389	1,56	1,54	2,04
- - - - - Sachsen	1074	602	591	1,78	1,22	2,59
Großherzogtum Baden	342	220	173	1,59	1,55	1,93
- - - - - Württemberg	559	275	254	2,39	2,84	3,94
Baden und Württemberg	174	68	53	2,18	4,37	1,99
Badische Landesbank	86	54	58	2,13	4,92	2,71
Stadt Bonn	1129	657	563	1,51	1,26	1,77
Groß-Hessen	326	172	142	1,53	2,25	1,93

Die Fortschreibungen treffen auf den geschätzten Fortschritt in allen Betriebssachen mit Ausnahme von Schokolade, der Rückgang im Jahr 1913 zu Arbeitslosen einsetzte zu den Betriebssachen Käse, in das der Brot in Kleinland und Weißbrot, im Süßwarenhandel und im Brot. Von Brot und den Brötchen des Brotteigs wurde eine Rücknahme der Arbeitslosen in 9 Handelsgebieten; in 17 Handelsgebieten wurde ein größerer Rückgang erzielt als im Kleinlandbrot. Das Brotteig, Backteig und Teig für den süßen Gebäck wichen nicht wesentlich von den Arbeitslosenziffern in Brotteig, im Süßwarenhandel und im Brot. Von Brot und Brötchen ist zu sagen, daß erheblichere Rückgänge auf eine Erholung des Geschäftsganges hindeuten wie z. B. in anderen Industrien im letzten Jahre erreicht worden waren zu erkennen.

Eckik und Wissenskunde, Heft 7,

kommt in schöner Form zum Vorscheil. Es bringt an zweiter Stelle bei einer Art einer unbestimmten Arbeit mit „Schaffterliche Merkmale der wichtigsten Gießarbeiter“ sowie eine Abbildung: „Der Schaffter“, der die Schaffterin der Gießarbeiterin zeigt und einen Namen der Darstellung über: „Die Darstellung der Schaffter ist die schlechteste Fähigkeit des Gießmeisters“ und der Arbeit eines Gießers unbestimmt, und schließt: „Die Schaffterfertigkeiten in der Brot-, Waffel-, Kekse-, Eisfelder- und Baderwarenhandlung“ zusammen. Einzelne Abbildung bringt einen Schaffter, der mit Hilfe einer mechanischen Fertigung eine Brotform, Waffel, Kekse und Eisfelder herstellt. Eine detaillierte Beschreibung der verschiedenen Arbeiten und zeigt wie welche einzelnen geschafferten Produkte unter bestimmten Bedingungen hergestellt werden. Diese Bilder, die den eingehenden Be-

achtung, besonders auch aller in der Agitation tätigen Kollegen, nicht dringend genug empfohlen werden kann, ist selbstverständlich nicht in einem Heft unserer Fachzeitschrift zu erwähnen gewesen; sie wird mehrere Fortsetzungen finden. In den weiteren Rubriken der „Technik“ finden wir die Beschreibung einer modernen Großkonditorei, Rezepte zur praktischen Verwertung, die Schilderung der Marktlage und, wie immer, eine Reihe wertvoller kleiner Mitteilungen. Das Heft zu den größeren Arbeiten wieder gute Illustrationen bringt, ist selbstverständlich.

Wir bitten recht tege für eine noch größere Verbreitung der „Technik“ zu wirken, und da jetzt ein neues Quartal beginnt, ist die Zeit besonders günstig, um die Zahl der Bezieher zu steigern! Probemnummern und Bestellscheine verlange man eventuell von seiner Zahlstellenleitung und den Vertrauensleuten. Der Bezugspreis beträgt bekanntlich nur 50 Pf. pro Quartal und 6 Pf. Bestellgeld. Bei der Post ist unsere Fachzeitschrift in der Zeitungsspecialiste für 1914 auf Seite 388 eingetragen. Man weise bei Bestellung auf der Post die Beamtensatz auf hin.



Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Auf Antrag der Zahlstelle Stettin wurde Marie Gelen (Buch-Nr. 24 889) auf Grund des § 11 Abs. a des Statuts aus dem Verbande ausgeschlossen.

Der Verbandsvorstand,
J. A. D. Allmann, Vorsitzender.

Quittung.

Vom 30. März bis 4 April gingen bei der Hauptstelle des Verbandes folgende Beiträge ein:

für März: Cottbus 1,35,74, Gießen 62,75, Biesen 26,52, Görlitz 325,96, Eilen 444,04, Hannover 1074,18, Magdeburg 1302,65, Leipzig 2019,24, Zittau 66,12, Suhl 168,95, Lübeck 359,55.

Von Einzelzahlern der Hauptstelle: M. Schumann 1,3, W. G. Thorn 7, H. Sch. Grabow i. M. 39,50, R. Sch. Stollberg i. Erzgebirge 3, R. D. Gilzow 4,80, O. M. Neuenburg 2, Th. M. Ströbe 7,20, W. St. Hamm 3,60, S. J. Großolzen 2, C. B. Holzmünder 10,40, G. R. Penning 3,75, R. R. H. 20,99, G. G. Beauregard 9,60, F. G. Kautzschers 6,20.

für Vorname und Annoncen: O. L. Jachen 2,25, Salzwedel 3,50, Konsumverein in Elmshorn 3, G. G. Schüttberg 4, Sonnenblumen in Homburg 2,70, R. M. Neuenburg 17,20, S. & B. Hamburg 16,20, D. & Co. Hamburg 4,50, C. Sch. Berlin 32,50, H. H. Stralsund 23,89, H. Sch. 3.

für Geschichte der Bäcker- und Konditorbewegung: Leipzig 1,6.

Der Hauptkassierer, D. Freytag.

Aus den Bezirken.

Solingen. Die Adresse des Kämmers ist jetzt: J. Madelstedt, Solingen, Friedhofstr. 26.

Sterbetafel.

Hannover-Linden. Johannes Schierbaum,

30 Jahre alt, gestorben am 30. April.

Ehre seinem Andenken!

Ehre seinem Andenken!

Ehre seinem Andenken!

Zur Arbeitsszeit. I. Die Arbeitszeit beträgt an Werktagen 8, am Sonnabend 5½ Stunden, mit der Mittagszeit, bezw. am Sonnabend mittags 1 Uhr Arbeitszeit einzeln. Der Betrag bei folgendem Konto:

A. Arbeitszeit. I. Die Arbeitszeit beträgt an Werktagen 8, am Sonnabend 5½ Stunden, mit der Mittagszeit, bezw. am Sonnabend mittags 1 Uhr Arbeitszeit einzeln.

Zur die Brotbäckerei beträgt die Arbeitszeit 8 Stunden. Es findet wochentäglich Sonntagsmahl statt, morgens 6 Uhr, mittags 2 Uhr und abends 10 Uhr.

Z. Bei jedem Geschäftsgang in die Arbeitszeit einschließlich der Mittagszeit, so daß die etwa überschüssigen Arbeitszeit auf den Betrieb zu verteilen. Bei etwaigen Unterbrechungen der Arbeit in dasselbe abwechselnd vorgenommen.

3. 255 n. c. I. Der Koch wird den Beischlägen vom Arbeitgeber durch besetzt.

2. Ab 1. März 1914 betragen die Mindestlöhne pro Stunde:

- a) Für jugendliche Arbeitnehmer bis zu 16 Jahren 18 Pf.
- b) Arbeitnehmer über 19 Jahre 19 Pf.
- c) jugendliche Arbeiter bis zu 16 Jahren 24 Pf.
- d) Arbeitnehmer über 18 Jahre 18 Pf.
- e) Arbeitnehmer über 18 Jahre 48 Pf.
- f) Arbeiter, welche schwere Lohnarbeiten verrichten. Soße tragen Stoff transportieren müssen 55 Pf.
- g) Gelehrte Arbeiter und solche Spezialarbeiter, die gleiche oder ähnliche Arbeit verrichten 56 Pf.
- h) Erste und zuletzt arbeitende Person 75 Pf.

3. Ab 1. Oktober 1915 tritt eine weitere Zulage von 3 Pf. für alle Kategorien in Kraft.

4. Die gegen Wochenlohn in Arbeit stehenden Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen müssen den Durchschnittslohn nach Stundenlohn satz erreichen.

5. Saisonarbeiter und Arbeitnehmer dürfen unter den Mindestlohn satz nicht eingestellt werden.

6. Der Verdienst der Afkordarbeiter darf unter die festgesetzten Mindestlöhne (Stundenlohn) nicht herunter gehen.

7. Das Reinigen der Arbeitsplätze ist den Afkordarbeitern und Arbeitnehmerinnen im Stundenlohn zu bezahlen, soweit diese Arbeiten länger als eine Werkstundie in Anspruch nehmen.

8. Die vereinbarten Afkordpreise dürfen nicht erniedrigt werden, wenn die Arbeiten von Arbeitnehmerinnen verrichtet werden.

9. Als Überstunden sind alle Arbeitsverrichtungen der Lohnarbeiter und Arbeitnehmer zu betrachten, die wochentags über die regelmäßige neunstündige, Sonnabends über die regelmäßige fünfeinhalbständige Arbeitszeit hinausgehen.

10. Bei der Überarbeit bis zu zwei Stunden ist ein Lohnzuschlag von 25 Pf. über zwei Stunden und für Sonnabendarbeit ein jolcher von 33½ Pf. zu zahlen. Bei Afkordarbeitern und Arbeitnehmerinnen ist der Zuschlag nach dem Durchschnittsverdienst zu berechnen.

11. Lohnabzüge für Reinigen der Wäsche, für Brüder, für gelieferte Arbeitsgeräte oder Werkzeuge und dergleichen sind unzulässig.

12. Die Lohnabzahlung hat wöchentlich an einem Werktag, mit Ausnahme des Sonnabends und während der Arbeitszeit zu erfolgen. Ist der Bahntag ein Feiertag, so ist der vorhergehende Werktag Bahntag.

C. Ferien. Jeder Arbeiter und jeder Arbeitnehmer wird unter Vorauszahlung des Lohnes (bei Afkordarbeitern und Arbeitnehmerinnen nach dem Durchschnittsverdienst des letzten Jahres) Ferien gewährt, und zwar je nach Beschäftigungsdauer:

Nach einer Beschäftigungsdauer von 2 Jahren 3 Tage

" " " " " 5 " 6 "

D. § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches.

1. Der Lohn wird den Arbeitern und Arbeitnehmer weitergezahlt, wenn sie durch einen in ihrer Person liegenden Grund ohne ihr Verschulden für eine nicht erhebliche Zeit an der Arbeit gehindert sind.

2. Als nicht erhebliche Zeit wird festgesetzt:

Nach einer Beschäftigungsdauer von 1 bis 2 Jahren... 2 Tage

" " " " " 2 " 5 " 4 "

" " " " " 5 " 10 " 6 "

3. Als ein in der Person liegender Grund werden angegeben: Verhinderung durch Krankheit (Entbindungen sind als Krankheit anzusehen) und militärische Übungen.

4. Auf den Lohn für diese Tage kann jedoch Krankengeld oder ähnliche aus gesetzlicher Sicherstellung der Arbeitern oder Arbeitnehmer zustehende Unterstützung in Anrechnung gebracht werden.

5. Abzüge vom Lohn dürfen serner nicht gemacht werden für Verhinderung von einer Dauer bis zu drei Stunden aus der Erfüllung der folgenden staatlichen oder kommunalen Pflichten, soweit sich diese nicht außerhalb der Arbeitszeit erledigen lassen und Gebühren hierfür nicht bezahlt werden. Teilnahme an Kontrollversammlungen, Ausschreibungen und Prüfungen, Anzeigen beim Standesamt in Geburts- und Todesfällen, soweit das Erscheinen des Betreffenden gefordert wird; das Erscheinen auf Verladung an Gerichtsstelle in Vermögens- und anderen nicht verschuldeten Sachen, polizeiliche Verladungen und Vernehmungen, Feuerlöschdienst auf Grund öffentlicher Verpflichtungen. Von der Verhinderung ist, wenn möglich, rechtzeitig Mitteilung zu machen.

E. Technische und sanitäre Einrichungen. 1. Für ausreichende Wasch- und Badegelegenheit ist Sorge zu tragen. Für jede beschäftigte Person sind wöchentlich reine Handtücher nebst Seife zu liefern.

2. Ferner ist von der Firma unentgeltlich zu liefern: für Arbeitern Kitteltaschen und Taschen und für Arbeiter Arbeitsschlüsse gemacht werden.

3. Jeder Person ist ein verschließbarer Schrank zum Aufbewahren ihrer Kleidungsstücke zur Verfügung zu stellen. Die Garderobenkästen haben mit den Arbeitsräumen, in denen besonders große Hitze herrscht, so in Verbindung zu stehen, daß das Personal der Zugluft nicht ausgesetzt ist.

4. Für gute Ventilation und Licht in den Arbeitsrä

Gantinentwaren nur mit einem mäßigen Aufschlag, der die Verwaltungskosten deckt, zu versehen.

6. Unterhaltungen der Arbeiter und Arbeiterinnen untereinander während der Essenspausen über gewerkschaftliche und politische Vorgänge können als Agitation in der Fabrik nicht aufgefaßt werden.

7. Bestimmungen, die dahin gehen, daß während der Mittagspause die Fabrik nicht verlassen werden darf, sind aufzuheben.

8. Zum Reinigen der Aborte, Spudnäpfe und der gleichen, dürfen Arbeiterinnen, die mit der Herstellung oder dem Versand von Waren beschäftigt werden, nicht verpflichtet werden.

9. Bestehende bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen dürfen nicht verschlechtert werden.

10. Maßregelungen auf Grund dieser Abmachungen oder wegen Zugehörigkeit zur Organisation oder wegen Betätigung innerhalb derselben dürfen nicht stattfinden.

G. Geltung von Differenzen. Bei Streitigkeiten, die aus diesem Tarifvertrag entstehen und durch mündliche oder schriftliche Auseinandersetzung nicht beigelegt werden können, sind dem jeweiligen Vorsitzenden des Dresdner Gewerbegerichts zu unterbreiten, der nach gemeinsamen mündlichen Verhandlungen mit den Tarifkontrahenten endgültig entscheidet.

Die Entscheidung ist für beide Teile bindend.

H. Tarifdauer. Der Tarif tritt mit dem 16. März 1914 in Kraft und gilt bis 16. März 1916. Tritt vier Wochen vor Ablauf dieser Zeit keine Kündigung von einer der vertragsschließenden Parteien ein, so gilt dieser Vertrag auf ein weiteres Jahr und so lange, bis eine Kündigung erfolgt. Der kündigende Teil verpflichtet sich, sofort neue Verhandlungen abwegs Abschlusses eines neuen Tarifes anzubahn.

Für die Firma:

中

Berhandlungsprotokoll

Am 14. März 1914 fanden zwischen den Vertretern der Waffelfabrik der Firma Geim, jetzigen Inhaber Herrn Wagner, und dem Verband der Bäder- und Konditoren Tarifverhandlungen statt.

Unterstell waren für die Firma Herr Wagner, für den Verband der Bäder Bezirksleiter Friedrich, sowie aus dem Betriebe die Arbeiter Schöning, Röhler, Höhnel und Gräfin Müller.

Der der Firma auf Beschluß einer Betriebsversammlung eingereichte Tarifvertrag wurde nach eingehenden Verhandlungen beiderseits zur Anerkennung gebracht und gleichzeitig nach folgenden Ergänzungen hierzu beschlossen.

gleichzeitig noch folgende Ergänzungen hierzu beifügen:

Die unter B. Löhne (Absatz 3) vereinbarten Zulagen ab 15. Oktober 1915 erhalten nur Gültigkeit, wenn bis zu dieser Zeit seitens der Organisation der Nachweis erbracht wird, daß bis zu dieser Zeit auch in andern gleichen Betrieben Verbesserungen in derselben Höhe eingetreten oder vorhanden sind.

Die bisher von der Firma bezahlte Prämie für gute Ware, pro tausend Blatt 30 ₣, bleibt durch diese Abmachung unberührt.

Sämtliche im Tarif vereinbarten Löhne gelten nur als Einstellungslöhne. Der unter Absatz B. Löhne (unter h) vereinbarte Lohnsatz von 75,- soll weiter nicht für den zurzeit beschäftigten Werkmeister in Frage kommen, da selbiger diese Funktion nicht dem Sinne des Tarifes entsprechend ausfüllt. Selbiger erhält einen Lohnsatz von 75,- pro Stunde.

Die von Herrn Wagner abgegebene Erklärung, daß er in Zukunft die Abordnungsarbeit beseitigen wolle, wird von allen Teilnehmern gutgeheißen, von einer Versammlung, die am 28. März stattfand, aber beworfen, daß diese Maßnahme eine Verschlechterung der Beschäftigten bedeute. Herr Wagner gibt in der Versammlung zu, daß er von dieser Absicht keinen Gebrauch machen werde, sondern stellt nur eine Regelung der Abordnungsfrage in Aussicht; die Regelung soll in Gemeinschaft mit der Fabrikkommission vorgenommen werden. (F. Allgemeines des Kartes.)

Herr Wagner begründet diese Regelung mit den geltüdten Preisverhältnissen, welche sich auf die schlechten Lohnverhältnisse in der ganzen Branche begründen.

- Dresden, März 1914.
Für den Verband der Bäder und Konditoren Deutschlands:
Arbeiter und Arbeiterinnen

Q1 - Nitrogen



Korrespondenz

(Berichte von Versammlungen finden nur Aufnahme, wenn sie von allgemeinem Interesse sind. Sie zur Öffentlichung bestimmten Einschätzungen müssen mit dem Zeichlein **Stampf** versehen und vom Vorsteherdeck gestempelt sein.)

Röder

Bischofsheim b. Mainz. Donnerstag, den 2. April,
tagte hier für die Orte Bischofsheim und Rüsselsheim eine
Versammlung, die sich mit der Tagesordnung beschäftigte:
Was müssen wir auch in den kleineren Orten versuchen,
unsere Lohn- und Arbeitsbedingungen tatsächlich zu regeln?
Collego Dengel behandelte in längeren Ausführungen diese

Frage eingehend. Er wies besonders auf die Bewegungen in Mainz und Wiesbaden hin, die bereits im vollen Gange sind und voraussichtlich mit gutem Erfolg abschließen. Auch hier in beiden Orten, wo bereits über die Hälfte der Beschäftigten unserm Verhande angehören, müsse versucht werden, diese günstige Situation auszunützen, um zu einem Tativertrag zu kommen. Die Anwesenden stimmten dem einmütig zu und versprachen, in den nächsten Tagen alles zu versuchen, um die noch Fernstehenden für uns zu gewinnen. Zwei Mitglieder wurden gleich gewonnen. Hoffen wir, daß es gelingt, die andern zu bekommen und den Plan zur Durchführung zu bringen.

Breslau. (Vorstandswahl zur Ortskassenfasse für das Bädergewerbe in Breslau.) Am 2 April fand hier die Vorstandswahl zu unserer Kassenfasse statt. Die Vertreter der Liste 2 (unser Centralverband) waren vollzählig anwesend. Von Liste 1 (die „Meisterfreuen“) fehlten zwei Vertreter und von Liste 3 (christliche Gewerkschaft) fehlte von den drei gewählten Vertretern auch einer. Wie weit das Interesse unserer Gegner an wichtigen Berufsfragen also geht, konnte man bei dieser Vorstandswahl bemerken; die Herren fanden es nicht für nötig, sich an derselben vollzählig zu beteiligen. Von den Vertretern der Verbandsliste wurden die Kollegen S. Spiller, Karl Deichmüller und F. Günther

geschlagene Stunde herunterleerte, einzugehen, lohnt sich wahrlich nicht der Mühe. Wahre Nachsalven durchdröhnten den Saal, wenn Herr Talgenberg alle fünf Minuten einen Juden oder Großkapitalisten verspeiste. Daz über den bösen Verband und die Sozialdemokratie das blödeste Zeug geschwafelt wurde, versteht sich auch am Stande. Doch auch die Leipziger Sinnung bekam ihren Rüssel. Mit Wehmuth erklärte Herr Talgenberg, daß sie für die Kollegen noch nichts getan hätte. Das soll mit andern Worten heißen: die Leipziger Meister sollen in den Beutel greifen, um dem Dalles in der gelben Bundesfasse etwas zu steuern. Also: „Samuel erscheine!“ wie es so schön in Webers „Freischütz“ heißt. Der Vorsitzende, Herr Lein, vollständig unfähig, eine geregelte Versammlung zu leiten, brachte es in der Diskussion fertig, daß die bis dahin gefahrene Ruhe in die Brüche ging. Statt den sich meldenden Kollegen der Reihe nach das Wort zu erteilen, bekamen die ihm scheinbar mitschönen Redner das Wort nicht. Eine derartige Vergewaltigung der Redefreiheit ließen sich die Versammelten nicht gefallen und so war es mit der Ruhe vorbei. Und, o weh, zum Überflug brachten die anwesenden Verbandsmitglieder ein kräftiges Hoch auf den sechsunddreißigstündigen Ersatzruhetag aus. Die Kollegen verließen den Saal und Herr Talgenberg mußte wohl oder übel aufs Schlusswort verzichten. — Über die Tariffürdigung machte Kollege Fitz noch einige Ausführungen. Durch verschiedene Umstände gezwungen, ist es in diesem Jahre nicht ratsam, in eine Lohnbewegung einzutreten. Es hat deshalb unter den organisierten Kollegen wegen Kündigung des Tarifs eine Urabstimmung stattgefunden. An dieser Abstimmung haben sich die Konsum- und Brotbäder nicht beteiligt. Es stimmten für Tariffürdigung 180, gegen eine solche 347 und 22 Kollegen ließen die Frage unbeantwortet. Wie in der Versammlung festgestellt wurde, haben in einigen Stadtbezirken die Kollegen keine Stimmzettel bekommen. Das Resultat ist also nur ein Teilstesultat. Es dürfte aber am Endergebnis nicht viel ändern. Der Tarif wird also dieses Jahr nicht gefündigt; dafür soll aber die Werbearbeit für die Organisation, besonders unter den jungen Kollegen, mit doppelter Kraft betrieben werden. Von den 329 Meistern, die 1911 und 1912 den Tarif auerkannt haben, halten bedauerlicherweise viele den Tarif nicht mehr ein. Daz es von altersher der Stuhm des deutschen Volkes war, stets treu und wahr zu sein, scheint diejenen wortbrüchigen Leuten unbekannt zu sein. Auch haben sich die Gelben in bewilligte Betriebe eingeschlichen; ja, sie haben sogar erklärt, daß in tariftreuen Betrieben der Bädergeselle erst als Mensch zu leben anfange.

Magdeburg. Eine gut besuchte Bädergesellenversammlung, die am 26. März tagte, befaßte sich mit einer der brennendsten Berufssfragen, die gegenwärtig Arbeitgeber wie Arbeitnehmer im Bädergewerbe beschäftigt: mit der Sonntagsruhe. Das Thema lautete: „Die Sonntagsruhe für das Bäder- und Konditorgewerbe; Badverbot oder allwöchentlicher Ruhetag?“ Kollege Radke sprach das Wesen der Sonntagsruhe im allgemeinen, um dann, eingehend auf die besonderen Verhältnisse im Bädergewerbe, auszuführen, daß es ein in unserer sozialfortschrittlichen Zeit unhalbbarer Zustand sei, daß eine so große Arbeitersuppe wie die im Bädergewerbe Beschäftigten noch jahraus, jahrein, Woche für Woche, sieben Arbeitswochen leisten müßten. Er bewies auf die wiederholten, bisher aber immer vergeblichen Petitionen hin, die in dieser Frage schon an den Reichstag und Bundesrat gegangen sind. Den Standpunkt des Centralverbandes präzisierte er dahin, daß er ein Badverbot von Sonntag zu Montag fordere, wie es von anderer Seite gewünscht wird, weil dies unzweifelhaft schwere Schädigungen für das gesamte Gewerbe zur Folge haben würde, anderseits aber der Gesellschaft damit gar nicht geholfen wäre; diese vertitt die Forderung nach einem allwöchentlich zu gewährenden sechs- und dreißigstündigen Ruhetag, der so gelegt werden kann, wie es für den Betrieb geeignet ist. Solange durch die Gesetzgebung hier nichts geschieht, muß immer durch eigene Kraft bestanden werden, diese Forderung durchzusetzen. Es ist auch schon möglich geworden, auf dem Wege der Selbsthilfe für 10846 Beschäftigte in 2842 Betrieben das Bibelwort: „Sechs Tage sollst du arbeiten und am siebenten ruhen“, für den Bädergesellen zur Wahrheit zu machen. Der Vortrag fand lebhafsten Beifall. Zu der Versammlung waren auch eingeladen der Innungs Vorstand, die Zweigverbandsleitung und der Vorstand der Freien Vereinigung Magdeburger Bädermeister. Erwähnen war nur der Vorsitzende der letzteren, Herr Bädermeister Dippe. Derjelbe erklärte in der Diskussion, die Freie Vereinigung halte zwar die sechswochige Arbeitswoche zurzeit kaum für durchführbar, weil sie noch zu belastend wäre; doch sieht man in seiner Organisation auf dem Standpunkt, daß das kleinere Nebel der vom Gesellenverband geforderte Ruhetag sei, weil ein allgemeines Badverbot sicherlich schwere Schädigungen für das gesamte Gewerbe mit sich bringen würde. Nach kurzer Diskussion wurde die interessante Versammlung dann mit der Auflösung, im Sinne des

Rürnberg. Am 28. März fand die Gesellenauszugswahl der Schwanginnung statt. Die Wahlbeteiligung war von beiden Seiten eine außerst starke, da die Innung alles mögliche versuchte, um den letzten Mann an die Urne zu bringen. Leider muß mit Bedauern festgestellt werden, daß wieder ein Teil unserer Mitglieder ihr Wahlrecht nicht ausüben und daran mit schuld sind, daß die paar Differenzstimmen, die uns zur Majorität fehlten, nicht ausgeglichen werden konnten. Von den Meisterfreuen wurden insgesamt 99 Stimmen und für die Verbandsliste 78 gültige Stimmen abgegeben. Wenn man in Betracht zieht, daß die „Christlichen“ und sechs Vergnügungsvereine jowei ungefähr 40 Bädermeistersöhne sich abmühten, um die Wahl streitig zu machen, so ist das Resultat für die Innungskandidaten geradezu ein vernichtendes. Nun kommt aber noch in Betracht, daß die Innung mit dem alten Gesellenauszugsbuch schon seit Monaten die Rotarbeiten bis in das kleinste getroffen hatte. Während wir erst zwei Tage vor der Wahl Nachricht erhielten, so daß unsere Kollegen die Mitteilungen zu spät in die Hände bekamen. Beim Berhandt der Wahlauflösweise durch die Innung, hat man zum großen Teil „zufälligerweise“ diejenigen Bäderreien paragessen, in welchen unsere Mitglieder

beschäftigt sind. Mit welchem Raffinement die Stimmgäste gearbeitet haben, um nicht durchzufallen, können wir dadurch beweisen, daß man die Stimmgäste des Verbandes den Kollegen übernahm und dadurch denjenigen die Möglichkeit nahm, diese Stimme abzugeben. Die Bädermeistersthöre wurden telefonisch herbeigerufen, natürlich ohne Ausweise. Die Drahtzieher wußten sich aber zu helfen und stellten die Ausweise gleich im Waffensaal selbst aus. Ein recht netter Endbehandlungsartikel war darin, daß Stimmgäste zusammengefaßt doppelt abgegeben wurden, so daß bei der Auszählung der Stimmen ein Stimmgäste mehr vorhanden waren als Wähler. Die Protokolldenkschriften Kuts & Zanders sowie Baumer hat man nicht zur Wahl zugelassen, trotzdem eine Abstimmung besteht. Wie itaumig die Abstimmung mit ihren Abstimmungen gefüllt war, ging daraus hervor, daß einige derjenigen einige Tage vor der Wahl die Gejellenprüfung im Schenkealde der Bäderherberge (Wittichshofstrasse) ablegten müßten. Nach dem § 129 der Gewerbeordnung zu geküren. Schwierigkeiten wurden in der Weise vorgenommen, daß Bädermeister Gehilfen in Arbeit nehmen, die jahraus, jahrein als reine Lehrlingszünftler bekannt sind. Wenn die Fahl ehrlich vor sich gegangen wäre, hätte die Verbandsliste gehabt; die Bädermeister und ihre Söldlinge haben aber geheißen, daß auch in Nürnberg die Organisation immer nicht und mehr wünscht und daß auch sie eines Tages die Zustimmung beimbezohlt erhalten. Beobachtungsmitglieder, die Menschenfeindswahlen der Abstimmung nicht vor der Türe da waren mit dem letzten Mann an die Menge bringen und den durchaus feindseligen Schätzern die gehörrende Antwort geben.

Wiesbaden. Sitzung des Landtages am 10. Februar 1901. Sie bereits an dieser Stelle berichtet, wurde jenseitig bei der Wahl zum Abgeordneten wie auch zum Senator mit einer Fünf von uns eingeräumt, so daß diese Lücken ohne weiteres als gewählt betrachtet werden müssen. Zur den beiden Zusätzlichen Sitzen nach Bekanntmachung der Wahlen und Zustimmung des Ausländeres gewählt werden. Auch hier werden die von uns vorgeschlagenen Stellungen Singer und Miegel gewählt, und zwar dadurch, daß in beiden Wahlgängen je zehn Stimmen für die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerabgeordnete abgegeben würden. Das war einstige entstanden, und beide Stühle zu unseren Gunsten. Überdies wollen wir hier gleich beweisen, daß seit dieser Zeit die Stellungen der Stellungen nicht erfüllt sind; denn es findet sich viele im Interesse der Schiedsgerichtsrichtigen gelegene Gütekürzungen zu treffen, so daß immer die Stellungen die Geschäftsführer häufig unterschrieben wurden, um alle geistigen Rechte im Interesse der Stellungen aufrecht zu erhalten.

Gebüttelte Branche.

Dresden. Seit der Schlafende Gartenzug & Vogel
fanden am 25. März die Sohlen zum Anhören für die
Schiedsgerichtssitzung statt. Zu Wahl kamen zwei Sätze:
Satz 1, entgegengesetzt zu dem Satzgruppe der Seite rechtsstehende
Sätze der Seite 2, entgegengesetzt von den Befürwortungen
der Seite. Dementsprechend. In Bezug auf die
Satz 1 114, für Satz 2 564 Stimmen abgegeben.
Der Auslöser wird mit dem Begriff „außergewöhnlichen“ aus
3 Konsistern und 10 Erwähnungen der Seite 1 und 25. Per-
sonen und 50 Erwähnungen der Seite 2. Die Bewertung
wurde nach geäußert für Seite 2 gegeben, technisch für die totale
Schiedsgericht 99 Personen, im Bezug auf geäußerte Worte,
die nur nicht möglich, weil unter den Schiedsgerichten, mit
Rücksicht auf das Paket, aus Kontakt zur Bevölkerung es nicht
ermöglicht wurde für diese Seite zu finden. Die Zahl hat
den Zweck erfüllt, daß die Geduld der Schiedsgerichte in
Meine Einsicht erfordert ist. So funktioniert sie für die
Qualitätsbewertung der Schiedsgerichte in der Schieds-
gerichtssitzung es kann ist, so sehr ist der Nutzen der Zahl
es zu fragwürdig, weil es zeigt, daß die Bevölkerung bei
Schiedsgerichten oft abweichen kann an die Be-
wertung ihrer Zeugnissen beacht. Das ist es, was ich er-
wartet habe, als nach dem vorletzten Sommer 1911 die Rück-
kehr in Sachsen nach Dresden nicht genug kam konnte. Die
Zurückkehren aber haben den Besuch der Bevölkerung auch bereits
die ein Wiederholung gehabt und Neubegründungen angezeigt,
was die Bevölkerung der zweiten Seite sind. Mit einem
Kleidstück, unerträglichem „Rechte Kleider“, fand die
Zurückkehren in leichter Stunde für die Seite 1 Bewertung
zu werden. Und war die Bewertung: „Der Seite 1
wurde, während sich der entsprechende Schiedsgerichtssitzung?“
Sind in die Bevölkerung von Dresden die wahren Zeugnisse in die
Schiedsgerichtssitzung gebracht? Wir legen die Be-
wertung in Bezug auf die Bevölkerung! Über ist es
erklärt? Wenn wir Schiedsgerichtssitzung nicht erläutert?
Der Besuch der Seite ist mit Bewertung unter den
erwünschten Belegschaften. Durchaus und darüber hinaus
erklärt werden.

Die gezeichneten Organisationen.

Zeit zum Zusammenschluss. Darüber sind sich die Parteien nun einig, daß für den ersten Wahlkreis die beiden Geschäftsführer kooperieren. Der Wahlsieg ist auch jeder Befriedigung wert, kann der zweite Wahlgang dem Bürgermeister nicht helfen, denn welche Sache ist, bis sie weiß und welche Regen bringt? Eine gute, ehrliche Zusammenarbeit aber die Parteien ausgeschlossen. Die „Reichswehr“-Partei kann mit den Wählern nur durch ihre Konservativen, nicht durch Sozialdemokraten, einen Wahlgang gewinnen.

Ein "Einsiedler" mit unbekannter für die öffentlichen Gewerbearten der Erde Art ist, weil die einzelnen Gewerbearten, die keine fahrlässige und unvorsichtige Ausübung einer Rücksicht auf Sicherheit und Gesundheit bestreben, eigentlich noch keinem Interesse unterliegen können, die nach Richter und Unternehmer-

heit als einzige wehrende Gegner der sozialdemokratischen freien Gewerkschaften zu betrachten sind. Eine Spaltung der christlichen Gewerkschaften ließe befürchten, daß ein sehr beträchtlicher Prozentsatz ihrer Mitglieder in die Zwangslage verkehrt würde, sich zur Sicherung ihrer wirtschaftlichen Interessen den freien Gewerkschaften und damit der Sozialdemokratie anschließen. Die christlichen Gewerkschaften haben mit Flugheit und Gestigkeit ihre Existenz bisher behaupten können. Sollten in dem nicht leichten Kampfe beizustehen, den sie um ihren Bestand und ihre innere Geschlossenheit führen, ist eine staatliche Rottmendigkeit.

von einer Regierungzeitung richtig eingeschäfft wurden. Den Arbeitern muß es aber sehr verdächtig erscheinen, daß eine Gewerkschaftsorganisation, die ihren Mitgliedern eine bessere Lebenshaltung fördern will und zu deren Durchführung den Flottenkampf führen muß, von einer arbeiterfeindlichen Zeitung gelobhuldelt wird. Sehr einfach: die „christlichen“ Zentrumsgewerkschaften sind ernst zu nehmende Gegner der „sozialdemokratischen“ freien Gewerkschaften. Daher verdienen sie das Lob der Reaktion.

Gelber Blätterblatt. Mit den Gelben sachlich zu polemisierten ist zwecklos. Sobald wir sie bei einer Schwindelerregung angraben, antworten sie mit sehr neuen Lügen. Wir wollen daher einige meisterhafte Geistesblitze aus dem gelben Blättchen unjern Mitgliedern unterbreiten. Bei Antragstellung der Nr. 5 scheint es im Oberblättchen des gelben Zeitungsbüchlers recht feinenjähnlicherlich ausgesehen zu haben. Es mag sein, daß der Stakenjäger durch die gründliche Abfahrt, die er nach durch die Petition um einen blauen Montag bei den Geldverordnern holte, entstanden ist. Und in einer solchen Ermittlung wurde allerlei dummes Zeug geschrieben, wie:

Sir geben zu, daß im andern Berufen eine große Arbeitslosigkeit herrscht, im Rödergebiete nicht, denn es wird überall Brot gebacken.

Wenn nun der Gegner weiter so über unzureichende Stellungnahme zur Arbeitslosenfürsorge errietet, so können wir ihm mit zu seiner Verhängung sagen, daß wir nach wie vor der Gegner der rechtsgerichtlichen Arbeitslosenfürsorge bleiben werden, weil wir mit dem Standpunkt führen, Arbeitsgelegenheit und Arbeitsrecht sind die beste Arbeitslosenfürsorge. Nun soll nicht das Recht heißen auch nicht zu dem blauen Montag? Die Med., sondern wir heißen uns selbst.

deren Gehaltsabfall: Wenn auch von angekommenen zehn älteren Kollegen fünf schon in einem Großbetrieb untergebracht werden, so bleiben noch fünf übrig, die ohne Beschäftigung sind, also für längere Zeit mit Arbeitslosigkeit zu rechnen haben. Diese würden aber schneller untergebracht werden können, wenn der Verband den Mittel- und Kleinbetrieben nicht systematisch Sanierungs- und Rohstofflieferschutz gewährt.

Damit neben dem Blühenden Ruhen auf die Lüge zur
Sicherung kommt, können wir an einer andern Stelle leisen:
Ein Gejelle, der es mit seinem Handwerk ehrlich
meint, legt seine Verantwortung nicht in die Hände von
Männern, die auf Grund ihrer politischen Weltanschau-
ung als Endziel die Gewerbeaufrechterhaltung sehen, den Unter-
gang der Kleinstbetriebe aber als Schicksal betrachten und die
gera 30 bis 40 Gewerken zugunsten einer Konzum-
hoffnung mit Frieden beruhigen sehen.

Aus dem Geschäftsjahrt der „Christlichen“. Der „christliche“ Zeitungsbund, nach Gewerkschaften unterteilt, veröffentlichte zum erstenmal den Jahresbericht in dieser Formulierung. In früheren Jahren konnte man über die Mitglieder- und Finanzverhältnisse dieses Verbundes überhaupt nichts erfahren, weil jenseit seines bestehens wurde, sogar vor dem Gewerkschaftsverein Bericht zu erbringen. Erst in den letzten Jahren wurde mit der Zeitung des Schöpplers gebrochen und man schrieb leichteres aus dem „Centralblatt“, wie es mit den „Geschäften“ stand.

Zur Sorge über bezüglichen die „Christlichen“ eine Mitgliederzählung von 721, so daß ein Jahresbeitrag in 18 Gemeinden 3926 Mitglieder vorhanden waren. Den Erwachsenen, die von ₩ 57 496 auf ₩ 63 763 stiegen, kamen an Zuwendungen ₩ 68 628 gegenüber. Die hohen Maßgaben (etwa ₩ 30 000 mehr als im Jahre vorher) sind mit entstanden durch die großen Anwendungen bei den Reformkämpfen, die ₩ 20 169 betrugen. Für die Mission wurde jetzt eine Zählung der Gesamtgemeinde, ₩ 12 325, vorgenommen; die Zuwendungen für Unterhaltungszwecke stiegen von ₩ 4000 auf ₩ 8503. Aufgabe der Rechenschaften fand der Vermögensstand von ₩ 23 515 auf ₩ 19 052.

Eine Auszählung dieser Angaben müssen wir zurückstellen bis zur Bezeichnung des detaillierten Statenberichtes. Die Erfolge bei den Sohnkämpfen fanden in einer Polsterhöhung von insgesamt M 143 124 pro Jahr auf die Rittergilden bei 1124 Mitgliedern sowie für 34 Mitglieder in einer jährlichen Arbeitszeitverkürzung von 69 605 Stunden in der Erhöhung. Die Zahl der im Kriegseinsatz beschäftigten Mitglieder betrug 2404, bei einem Beitrag von 42 Rentenmarken. Die allgemein bekannte, für das Ignatiusjahr der „Christlichen“ sehr groß, jedoch führt auch die Mitgliedsvermögen keinen Großmeister für das Rittertum der Rittergildenhöfen.

Internationales.

Der Finnische Bäckerverband beschloß auf seinem fünften Verbandstage im September 1913, eine Abstimmung unter seinen Mitgliedern vorzunehmen zwecks Anschlusses an das Internationale Sekretariat. Das Ergebnis dieser Abstimmung liegt jetzt vor und wurde laut derselben der Anschluß ab 1. Januar 1914 beschlossen. Im fernen wird mitgeteilt, daß der Verband zurzeit 14 Filialen im Lande besitzt. Diese zählen insgesamt 393 Mitglieder, davon sind 248 ausgelernte männliche

Bäcker, 78 Lehrlinge und 67 weibliche Bäcker. An Beiträgen werden zwei Klassen erhoben, und zwar für die männlichen Mitglieder 25 ♂ pro Woche, Lehrlinge und weibliche Mitglieder zahlen 15 ♂ pro Woche. Zum Vorsitzenden der Organisation wurde auf dem letzten Verandstage J. W. Sainio, Helsingfors (Finnland), Circusstraße 5, gewählt und sind etwaige Zuschriften nur an diesen zu richten.

Verbandstag der Bäcker, Konditoren, Schokolade- und Zuckerwaren-Arbeiter in Amsterdam.

In Amsterdam tagte am 29. und 30. März der Ver-
sandtag unseres Bruderverbandes in Holland. 42 Zahl-
stellen dieses Verbandes waren durch 56 Delegierte ver-
treten; außerdem die Mitglieder des Verbandsvorstandes
und der Internationale Sekretär Allmann-Hamburg.
Letzterer überbrachte die Grüße des Internationalen
Sekretariats wie auch des Deutschen Bäcker- und Kon-
ditorenverbandes, beglückwünschte den holländischen
Verband zu den schönen Erfolgen, welche er im letzten
Jahre im Wachstum seiner Mitgliederzahl, ferner bei
einem großen Lohnkampfe im Haag und schließlich durch
die Vereinigung mit dem früher abgesplitterten Verbande
der Schokoladen- und Zuckerwaren-Arbeiter und Arbeite-
rinnen zu verzeichnen hatte. In Nr. 13 unseres Organs
wurde bereits der Jahresbericht des holländischen Ver-
bandes kurz gegeben, weshalb wir hier nur daran er-
innern, daß diese Organisation im Jahre 1913 seine Mit-
gliederzahl um rund 700 vergrößert hatte (von 1800 auf
2500 Mitglieder), und daß in 13 meist kleineren Städten
neue Zahlstellen des Verbandes errichtet werden konnten.
Diese erfreulichen Erfolge kamen auch im mündlichen
Geschäftsbericht des Vorsitzenden Hillebrecht zum Aus-
druck, welcher seinen Bericht in einen warm empfun-
denen Nachruf für den verstorbenen Genossen August
Hebel ausklingen ließ.

Die Diskussion zum Geschäftsbericht war eine sehr lege und nahm einen vollen Tag in Anspruch. Der Streik im Haag spielte eine große Rolle in der Diskussion. Es wurde der Vorwurf erhoben, daß die Leitung des Verbandes die andern Zahlstellen nicht rechtzeitig und eingehend genug über den Kampf unterrichtet habe; dann sei mit dem Beginne des Kampfes zu lange geögert worden, und zuguterletzt seien die vom Streikbrig gebliebenen 45 Gemäßregelten (die man in Holland bei jedem Kampfe mit dem Namen „Schlachtopfer“ bezeichnet), nicht genügend unterstützt worden. Der Verband hatte diesen Mitgliedern zunächst vier Wochen Streikunterstützung und dann noch sechs Wochen Gemäßregeltenunterstützung gewährt. Das sind dieselben Klagen, die auch auf andern Verbandstagen nach großen Kämpfen wiederkehren. Die Mitglieder des Verbandsvorstandes widerlegten diese Vorwürfe. Beschlossen wurde, noch eine allgemeine Sammlung unter den Mitgliedern auszuschreiben, um diese „Schlachtopfer“ vom Streik noch vier Wochen lang unterstützen zu können. Von allen Seiten wurden die guten Erfahrungen mit der eingeführten Erwerbslosenunterstützung hervorgehoben, dabei gelegentlich auch den früheren Unterstützungsgegnern noch einige Vorwürfe redenzt.

Der Verband hat im letzten Jahre mit dem Arbeiter-Konsumvereins-Bund des Landes einen Reichstarif abgeschlossen. Bei Besprechung dieses erfreulichen Erfolges wurde kritisiert, daß der Reichstarif für einige Betriebe in den Großstädten des Landes mit den bisher besten Lohn- und Arbeitsbedingungen in nebensächlichen Punkten auch kleine Verschlechterungen gebracht habe. Allgemein mußte man aber dem Vorstandsmitglied Roegustimmen, daß es durch Abschluß dieses Landestarifes gelungen sei, die Arbeits- und Lohnbedingungen der schlechtest gestellten unter diesen Kollegen bedeutend zu haben.

In ihren Schlusworten konnten Goudsmit und Roeg etonen, daß die vorgetragene Kritik recht sachlich war und daß selbst die früheren Opponenten zugestehen könnten, daß mit den auf dem letzten Verbandstage und auch durch die Urabstimmung geschaffenen Unterstützungsseinrichtungen die Organisation nur die besten Erfahrungen gemacht habe. Dem Hauptkassierer wurde für seine korrekte Kassenführung und ebenso dem Gesamtvorstand für seine Tätigkeit einstimmig Dechargeerteilt.

Nach einem Referat von Goudsmit beschäftigte sich der Verbandstag eingehend mit unserem Internationalen Berufskongreß in Wien, beschloß eine Resolution zu diesem Kongreß betreffs lebhafter Propaganda zur Abschaffung der Nachtarbeit, und wählte den Genossen Goudsmit als Delegierten. Beschlossen wurde ferner, das Referat Goudsmits im Fachblatt oder in einer Broschüre zur Bekämpfung der Nachtarbeit erscheinen lassen.

In der Besprechung über die Haltung des Fachblattes kam nur der Vorwurf zum Ausdruck, daß die große Zahlstelle Amsterdam mit ihren 800 Mitgliedern in den Berichten zu sehr hervorgehoben werde, was vom Redakteur Goudsmit als den Verhältnissen entsprechend hingestellt wurde. Er forderte die Vorstände der übrigen Zählstellen auf, auch ihrerseits gute und gedrängte Berichte über wichtige Vorkommnisse an ihren Orten für das Fachblatt einzusenden. Unter großem Beifall aller Delegierten wurde der Redakteur Goudsmit einstimmig wiedergewählt. — Für die Schokoladen- und Zuckerwarenarbeiter gibt der Vorstand ein besonderes Fachblatt in kleinem Format heraus. Hier wurde beantragt, eine besondere Kommission aus Fachleuten dieser Branche zur Redaktionsführung zu wählen. Der Antrag aber zurückgezogen, weil man sich belehrt sah, daß es vollständig unmöglich sei, ein Blatt von einer Kommission redigieren zu lassen. Goudsmit wurde auch weiter mit der Redigierung dieses besonderen Fachblattes betraut.

Nach eingehender Debatte darüber, welche großen Zahlstellen noch außer dem Vorort des Verbandes Vorsitzende und Mitglieder zur Hauptverwaltung zu stellen haben,

wurde es bei der bisherigen Bestimmung gelassen, daß Rotterdam, der Haag und Enschede je ein Vorstandsmitglied stellen, welche auf dem Kongreß gewählt wurden. Zu den zwei Angestellten des Verbandes wurde noch der bisherige Leiter der Zahlstelle Amsterdam, Kollege Roeg, als dritter Angestellter hinzugewählt, welcher auch weiter die Geschäfte der Zahlstelle Amsterdam leiten, daneben aber mit in der Hauptverwaltung tätig sein soll.

Die Zahlstellen des Nordens verlangten die Anstellung eines besonderen Gauleiters für ihren Bezirk, was aber in Rücksicht auf die große finanzielle Belastung und den Umstand abgelehnt wurde, daß in den Kleinstädten des Nordens nur der Kleinbetrieb vorherrscht, im ganzen Bezirk kaum 500 Organisationsfähige in Betracht kommen und daher sich im Norden nie eine Anstellung bezahlt machen könne. Es kam zum Ausdruck, daß man in erster Linie dort die Agitation mit allen zu Gebote stehenden Mitteln energisch betreiben wolle, wo die größten Erfolge zu erwarten sind.

Ein großer Streit entspann sich noch um die Krankenunterstützung, der in tarifreuen Konsumbäckereien arbeitenden Kollegen. Diese erhalten im Krankheitsfalle, ähnlich wie in Deutschland, vom Geschäft ihren Lohn auf bestimte Zeit weiterbezahlt. Es ist im Landestarife abgemacht, daß sie nicht daneben noch im Krankheitsfalle die Krankenunterstützung vom Verbande beziehen sollen. Nun beantragten die Konsumbäcker aus verschiedenen Städten, deshalb auch ihre Beiträge um 3 Cent pro Woche zu erniedrigen. In der schärfsten Weise traten die Vorstandsmitglieder dem Verlangen entgegen, das davon zeigte, daß diese Mitglieder nicht gewillt sind, zum Nutzen der unter schlechteren Verhältnissen in den Privatbetrieben arbeitenden Kollegen einige Opfer zu bringen. Schließlich wurden alle dahinzielenden Anträge abgelehnt.

Zum Schluß konnten der Kollege Allmann und der Vorsitzende Hillebrecht noch die Befriedigung über die Verhandlungen des Kongresses aussprechen und die Delegierten zu neuer energetischer und planmäßiger Agitation auffordern. Der nächste Verbandstag findet in zwei Jahren in Utrecht statt.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Gesegneter Mühlarbeiterstreit in Erlangen. Nach dreitägigem Streit haben die Mühlarbeiter in Erlangen und Umgebung den Abschluß eines Tarifvertrages mit wesentlichen Erfolgen erzielt, und zwar eine Lohnzulage von M 1,60 bis M 3,50 pro Woche, Arbeitszeitverkürzung einer Viertelstunde täglich für Müller; Kutschner erhalten für Landtouren Extravergütung. Ferner wurde ein Urlaub von vier und sechs Tagen erreicht.

Lohnbewegung in der Rudelsfabrik von Theodor Haller in Friedrichsdorf i. Taunus. Die Arbeiter und Arbeitnehmer sind wegen Lohndifferenzen ausständig. Sie wollten ihre miserablen Löhne etwas aufgebessert haben, was von dem Unternehmer abgewiesen wurde. Die Löhne der männlichen Arbeiter betragen täglich M 1,20 bis M 3,50, die der Arbeitnehmerinnen M 1,20 bis M 1,80. Neben die Erzeugnisse der Firma ist der Bohlott verhängt worden.

Zur Einführung der Arbeitslosenunterstützung im Deutschen Bauarbeiterverband. Mit dem 1. April ist im Bauarbeiterverband die Arbeitslosenunterstützung eingeführt und damit das Glied geschlossen worden, das die bisherige Unterstützung im Krankheitsfalle mit der Arbeitslosenunterstützung zu einer Erwerbslosenunterstützung verbindet.

Um die Einführung der Arbeitslosenunterstützung im Bauarbeiterverband lange geritten worden. Zwei Verbandstage hatten sich damit zu beschäftigen, und beide brachten keine Entscheidung. Diese fiel erst auf dem extra zu diesem Zwecke einberufenen Verbandstag im Dezember vorigen Jahres in Hamburg. Der Widerstand gegen die Verlage des Verbandsvorstandes richtete sich nicht so sehr gegen die Einführung der Unterstützung an sich, als gegen ihren angeblich ungenügenden Aufbau, wonach die Unterstützung in den Monaten Januar und Februar nicht gezahlt werden soll. Indessen, die geradezu furchtbare Krise im Baugewerbe hatte die Gegner aus Prinzip sowohl als auch diejenigen, die die Unterstützung für das ganze Jahr eingeführt haben wollten, inzwischen überzeugt, daß Unterstützung für das ganze Jahr zu zahlen, unmöglich sei und ein weiteres Verharren auf dem ersten Standpunkt eine groÙe Schädigung der Bauarbeiter bedeute.

Die Unterstützungsstücke sind aufgebaut auf sechs Beitragsklassen und sturen sich je nach der Dauer der Mitgliedschaft wie folgt ab:

Beitragsklasse	Beitrag	Tägliche Unterstützungsstücke nach einer Mitgliedschaftsdauer über					
		1 Jahr (46 Beiträge)	2 Jahre (88 Beiträge)	4 Jahre (176 Beiträge)	6 Jahre (264 Beiträge)	8 Jahre (352 Beiträge)	10 Jahre (440 Beiträge)
Klasse 1	40	45	60	75	90	105	120
2	50	60	75	90	105	120	135
3	60	75	90	105	120	135	150
4	70	90	105	120	135	150	165
5	80	105	120	135	150	165	180
6	90	120	135	150	165	180	195

Die Unterstützung kann in einem Jahre für 48 Tage bezogen werden. In den Nebengangsbestimmungen ist beschlossen, daß Mitglieder, die am 1. April 1914 dem Verbande zwei Jahre angehören und 80 Beiträge geleistet haben, sofort in der ersten Altersstufe berechtigt sein sollen. So sollen gleichfalls Mitglieder mit vierjähriger Mitgliedschaft und der entsprechenden Beitragsleistung in der zweiten, diejenigen mit sechsjähriger Mitgliedschaft in der dritten, mit achtjähriger in der vierten und mit zehn- und mehrjähriger Mitgliedschaft in der fünften Altersstufe berechtigt sein. Alle übrigen Mitglieder sollten mit dem 1. März 1915 bezugsberechtigt werden.

Diese Bestimmungen enthalten eine gewisse Härte für diejenigen Verbandsmitglieder, die am 1. April mit ihrer Beitragsleistung die Bezugsberechtigung nicht ganz erreicht haben. So kann es zum Beispiel vorkommen, daß jemand, der in der ersten Aprilwoche seinen 79. Beitrag zahlt, erst am 1. März 1915 für den Bezug der Arbeitslosenunterstützung berechtigt wird, während ein anderer, der nur um eine Woche länger dem Verbande angehört, sofort in den Genuss der Unterstützung treten kann. Verbandsvorstand und Verbandsbeirat haben beschlossen, hierin eine Milde rung einzutragen zu lassen und auch diejenigen Mitglieder noch bezugsberechtigt werden lassen, die bis zum 1. Juli dieses Jahres 80 Beiträge gezahlt haben. Für alle übrigen Mitglieder, die später die nötige Zahl der Beiträge erreicht haben, verlängert sich die Frist der Bezugsberechtigung bis zum 1. März 1915. Auch in bezug auf die Karentzeit haben Verbandsvorstand und Verbandsbeirat in Absicht auf die große Arbeitslosigkeit, die ein sehr großer Teil der Mitglieder bereits durchzumachen hatte, beschlossen, zu lassen, so daß alle bezugsberechtigten arbeitslosen Mitglieder, die sich während dieser Zeit zur Kontrolle gemeldet haben, mit dem 1. April in den Genuss der Unterstützung treten.

Damit tritt in die Kette der Arbeitersolidarität ein neues Glied als Selbsthilfe gegen unverschuldeten wirtschaftlichen Not.

Ein neuer Schlag gegen die gewerkschaftlichen Zentralverbände. Die vereinzelten Versuche einiger Behörden und Gerichte, örtliche Zahlstellen unserer Zentralverbände für politisch zu erklären, genügen jetzt nicht mehr. Ein Prozeß gegen den Zentralvorstand des Bergarbeiterverbandes zeigte schon, daß der Gesamtverband getroffen werden sollte. Berlins berühmter Polizeipräsident v. Jagow folgt jetzt in größerem Umfang diesen Spuren eifriger Behörden und Gerichte in der Aera des "liberalen" Reichsvereinigungs. Er hatte schon früher in einem Gutachten, daß ein Gericht von ihm einforderte, einen der Zentralverbände für politisch erklärt und darin Gründe von ähn-

Spätestens am 11. April ist der 16. Wochenbeitrag für 1914 (12. bis 18. April) fällig.

licher Beweiskraft ausgeführt, wie sie jetzt in dem neuertlichen Prozeß gegen den Bergarbeiterverband als Urteilsbegründung gelten mußten. Kein Wunder daher, wenn er jetzt aus seiner Reserve als Gutachter heraustritt und die Gewerkschaften für politisch erklären will.

Unter dem 1. April ist bereits an einige in Berlin domizilierende Zentralvorstände und auch an einige Berliner Ortsverwaltungen folgende von Herrn v. Jagow unterschriebene Verfügung erlassen worden:

"In Anwendung des § 3 Reichsvereinsgesetzes vom 19. April 1908 erfülle ich Sie, binnen acht Tagen ein Exemplar der zurzeit gültigen Vereinsfassungen sowie ein der Gegenwart entsprechendes Vorstandsmitgliederverzeichnis mit Angabe der Vor- und Zusamen, des Standes und der Wohnung einzurichten.

Sollten Sie dieser Aufforderung keine Folge leisten, so wird gegen Sie auf Grund des § 132 Nr. 2 des Gesetzes über die Allgemeine Landesverwaltung vom 13. Juli 1883 eine Geldstrafe von M 150 oder im Unvermögensfalle eine Haftstrafe von zwei Wochen festgesetzt und vollstreckt werden.

Zur Vermeidung der im § 18 a. a. C. angedrohten Strafen wollen Sie fünfzig von jeder Aenderung in der Zusammensetzung des Vorstandes sowie von jeder Aenderung der Satzung binnen zwei Wochen nach erfolgtem Eintritt Anzeige machen."

Die Verfügung stützt sich mit guter Berechnung auf das Allgemeine Landrecht. Die Klage gegen diese Verfügung kommt daher nicht vor die ordentlichen Gerichte, sondern muß im Verwaltungsstreitverfahren erledigt werden. Bekannt aber ist, daß das Oberverwaltungsgericht in einer gerichtlichen Entscheidung sich auf den Standpunkt stelle, daß, wenn der Zentralverband als politisch gilt, auch eo ipso alle Ortsvereine politische Vereine sind. Durch dieses Vorgehen des Herrn v. Jagow würden also mit einem Schlag auch die Ortsvereine für politisch erklärt werden.

Die Gewerkschaften werden auch diesen neuesten Schlag zu parieren wissen. Da aber zu befürchten ist, daß das Vorgehen des Herrn v. Jagow vielleicht auch noch anderorts Schule machen könnte, so sei im besonderen darauf hingewiesen, daß die von solchen Verfügungen betroffenen Gewerkschaften spätestens innerhalb 14 Tagen dagegen Einspruch erheben müssen. Daraufaus ist nämlich die Ansicht, die zum Schaden der Gewerkschaft ausgeschlagen würde, daß eine solche Verfügung mit Stillschweigen hinzunehmen ist und erst dann, wenn die Einziehung der Geldstrafe eintritt, Einspruch erhoben werden muß.

Allgemeine Rundschau.

30 Jahre "Vorwärts". Am 30. März 1884 erschien in Berlin die Probenummer des "Berliner Volksblatt", das auf dem Parteitag zu Halle den Namen "Vorwärts" erhielt und zum Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie gewählt wurde. Der "Vorwärts" feiert sein dreißigjähriges Jubiläum. Mit 2000 Abonnenten trat das "Volkssblatt" in der Zeit der Ausnahmegezeuge unter dem kleinen Belagerungszustand ins Leben. Heute zählt das Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie über 160 000 Leser. Die wirtschaftliche Krise hatte dem "Vorwärts" freilich in diesem Winter Verluste gebracht; es war ein kurzer Stillstand im Wachsen der Presse und der Organisation zu verzeichnen, aber der tote Punkt wurde bereits überwunden und es gibt wieder aufwärts, wie denn die Geschichte des "Vorwärts" im ganzen ein ununterbrochener Aufstieg gewesen ist, wie die der Partei überhaupt. Auch künftig möge die Entwicklung unseres Zentralorgans ein kräftiges stetiges Vorwärts sein.

In einem Gedankartikel zur Feier seines dreißigjährigen Bestehens teilt der "Vorwärts" auch mit, daß die Partei zu jenem mehr als 1 100 000 Mitglieder und die Parteipresse mehr als 1½ Millionen Abonnenten zählt.

Die stolzen Zahlen werden die Genossen allerorts zu eifriger weiterer Werthearbeit anregen. Unsern Freunden aber wird es die Sprache verschließen, wenn sie sehen, was aus dem von ihnen großmäig ausgeschrieenen Rückgang der Sozialdemokratie geworden ist!

Die deutschen Arbeiter-Stenographenverbände haben sich zu einem Kartell mit dem Sitz in Berlin zusammen geschlossen, das den Zweck hat, die Breitung und Pflege der Kurzschrift, dieses wichtigen Bildungshilfsmittels, in der deutschen Arbeiterschaft unter Ausschaltung aller Systemstreites zu fördern. Alle in Deutschland bestehenden Arbeiter-Stenographenverbände für bestimmte Systeme haben sich in diesem inter-systemalen Kartell zusammen geschlossen, und zwar: Der Deutsche Arbeiter-Stenographenbund, System Arends (Verbandsleitung: G. Richter, Burgheim b. Lahn i. W.); der Arbeiter-Stenographenbund (Verbandsleitung: Fritz Hagenow, Hamburg 26, Griner Weg 17); der Rollersche Arbeiter-Stenographenbund (Verbandsleitung: Richard Wolf, Berlin-Pankow, Nordbahnhofstraße 3); der Deutsche Arbeiter-Stenographenbund (Systematographie) (Verbandsleitung: Karl Behnert, Mainzstraße 56); der Arbeiter-Stenographenbund für Nationalsteno (Verbandsleitung: Paul Graesemann, Gotha, Grädelstraße 1).

Vorsitzender des Kartellsausschusses ist Genosse Oskar Schäfer, Berlin-Lennémpfhof, Kaiserin-Augusta-Straße 70 (Stolze-Schreh), an den alle Zuschriften zu richten sind. Schriftführer ist Genosse R. Wolf, Berlin-Pankow (Roller); Kassierer ist Genosse Eugen Burckhardt, Neufoln, Hertfurthstraße 28, der alle Geldsendungen für den Kartellsausschuss entgegennimmt. Der Ausschuß besteht jetzt zurzeit mit der Aufnahme einer Statistik über alle ihm angehörigen Arbeiter-Stenographenverbände, und er willt für den örtlichen Zusammenschluß der Mitgliedschaft der einzelnen Verbände in allen Orten, in denen mehrere Systemverbände vertreten sind. Auf Grund dieses Wunsches haben sich in Berlin bereits die Mitgliedschaften der Verbände von Arends, Stolze-Schreh und Roller zu einem Ortskartell zusammen geschlossen. Mit den Arbeiter-Stenographenverbänden nach Gablerberger und Faulmann in Österreich steht der Ausschuß, deßen Arbeitsfeld das deutsche Sprachgebiet ist, in ständiger Führung. Zur Förderung der Stenographie in Einheitlichkeit veranlaßt der Ausschuß für seine Mitgliedschaft Einführungskurse in die verschiedenen deutschen Kurzschriftsysteme.

Alkoholinteressen gegen Volkswohl. Lückenloser Zolltarif! Diese Lösung hat der Magister der Jürker, Dr. Vetter, fürstlich wieder in Sachsen ausgegeben. Eine der lückenlosen Fähle soll der Obstzoll sein. Nun ist Obst in Deutschland im allgemeinen jetzt schon so teuer, daß es als Nahrungsmittel für den Arbeiter nur in ganz beschränktem Maße in Betracht kommt. Lediglich zur Ernährung sind einige Obstsorten für eine sehr kurze Zeit billig zu haben. Hohe Zölle auf Obst, wie sie die Agrarier verlangen, würden Obst noch mehr als bisher schon vom Tische des Arbeiters verbannen. Das wäre in zweifacher Hinsicht zu bedauern; einmal fördert der Obstgenuss umstritten ganz außerordentlich die Gesundheit, dann ist er ein erfolgreicher Bundesgenosse im Kampfe gegen den Alkohol. Diesen Bundesgenossen für Förderung des Volkswohles und gegen Alkoholismus kann man billig haben. Darauf macht Dr. Vetter in der Zeitschrift: "Wohlfahrt und Wirtschaft" (Verlag Eugen Diederichs) aufmerksam. In Brüsten würdet Obst in unermesslichen Mengen. Die ganze Welt könnte von dieser Obststämme versorgt werden. Nebenbei gibt es noch andere sehr ertragreiche Obstpflanze in Afrika, Niederkäland-Indien, Neu-Guinea, in Mitteleuropa, Mittel- und Ostasien. Um Deutschland mit billigem Obst zu versorgen, sei nur eine entsprechende Organisation des Bezuges und Vertriebes notwendig. Eine Gesellschaft, die sich solche Aufgabe stellt, sei in Paris gebildet worden, um Frankreich den Vorteil billigen Obstes zu verschaffen. Dabei sei Frankreich ohnehin viel obstreicher als Deutschland. Hier wie man alles, um dem Volke den Obstgenuss zu erschweren, in einem Artikel in der "Kölnischen Zeitung" wird hierzu ironisch bemerkt: "Man wird später, wenn auch mit einzigen 100 p. 1. Ausschlag, dieses herrliche Obst (aus Brasilien) aus Paris beziehen können." Es gibt sich der Hoffnung hin, daß der Widerstand der deutschen Obstproduzenten gegen die Förderung der Obstfahrt vielleicht zu überwinden sei. Der Konkurrenz könne nämlich so gesteigert werden, daß auch die inländischen Produzenten Vorteil davon haben würden. Dem Staat sei viel weniger zu trauen. Der genannte Verfaßter bemerkt: "Eine gewichtige Gegnerschaft, die jedoch wohl nie offen zugegeben wird, wird vermutlich von Seiten des Staates zu erwarten sein, der, so sehr er sich offiziell gegen den Alkohol erklärt, doch von den alkoholischen Getränken auf dem Wege der Versteuerung zu erheblichen Teilen lebt und eine wirklich nachhaltige Einschränkung des Obstgenusses im Steuerädel spüren wird. Wahlgemert, aber nur im Steuerädel, nicht in der gesamten Finanzwirtschaft. Denn es stehen dieser Einnahme aus den alkoholischen Getränken so große Ausgaben für Strafrechtsplege, Kreis- und Armenwesen, die aus dem Alkoholgenuss zum großen Teil herühren, entgegen, daß bei vernünftiger Erwidigung dieser Dinge die finanzielle Beurteilung eine ganz andere werden müßte. Vielleicht wird also auch dieser kleine Widerstand, der in einer Passivität sich erschärfen wird, doch allmählich so weit zu überwinden sein, daß auch der Staat aktiv seine Hilfe leidi."

Es gibt überall einen wichtigen Punkt: In dem Alkoholkonsum ist nicht nur der Staat als Steuerheber interessiert, in dieser Frage ziehen mit ihm die Schnapsjunkie und das Braunkapital an einem Strang. Die Sozialdemokratie wird sicher nicht ermangeln, die Bestrebungen zu fördern, die eine Befreiung Deutschlands mit gutem, billigem Obst ermöglichen. Aber die konservativen, nationalliberalen und ultramontanen "Volkstreunde" verzagen dabei wohl die Mitarbeit. Bei ihnen gehen die Plunderinteressen dem Volkswohl voran.

